

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 31 (2004)
Heft: 3

Artikel: Abstimmungen : Volk gegen Bundesrat und Parlament
Autor: Ribi, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910001>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volk gegen Bundesrat und Parlament



Vor dem Urnengang herrschte ein reger Abstimmungskampf.

Nach einem intensiven Abstimmungskampf hat das Schweizer Volk am 16. Mai alle drei Vorlagen von Bundesrat und Parlament eindrücklich abgelehnt.

ROLF RIBI

67,9 Prozent der Stimmbürger sagten Nein zur Revision der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), 68,6 Prozent lehnten eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für die AHV und Invalidenversicherung ab, und 65,9 Prozent schickten ein Steuerpaket mit Steuererleichterungen ab.

Dass drei eidgenössische Vorlagen zur Sozial- und Steuerpolitik in sämtlichen 26 Kantonen massiv verworfen werden, das hatte niemand erwartet. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb von einer «eigentlichen Ohrfeige des Souveräns für den Bundesrat».

Die Stimmabteilung lag mit 50,3 Prozent deutlich höher als im Mittel der vergangenen Jahre.

Die 11. AHV-Revision hätte die Rechnung der wichtigsten Sozialversicherung um 925 Millionen Franken im Jahr entlasten sollen. Geplant war die Erhöhung des Rentenalters der Frau auf 65 Jahre, Änderungen bei den Witwen- und Waisenrenten und eine Anpassung der Teuerung der Renten an die Preis- und Lohnentwicklung alle drei statt zwei Jahre. Fast 68 Prozent der Stimmrechitgen lehnten dies ab. Das klarste Nein kam aus dem Kanton Jura mit 86,4 Prozent.

Ein gesamtschweizerisch noch klareres Nein mit 68,6 Prozent gab es bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,8 Prozent für die Invalidenversicherung ab 2005 und um einen Prozentpunkt für die AHV frühestens 2009. «Steuern auf Vorrat» monierten die Gegner – doch bei dieser Anpassung hätten Parlament und Volk das letzte Wort gehabt. Auch hier steht der Kanton Jura mit 81,1 Prozent Nein-Stimmen an der Spitze.

Besonders umstritten war ein Steuerpaket, das Bund und Kantone bei der direkten Bundessteuer rund 2,5 Milliarden Franken im Jahr gekostet hätte. Das Steuerpaket hätte Steuererleichterungen für Familien, Ehepaare und Wohnungseigentümer gebracht und die Umsatzabgabe im Wertschriftenhandel abgeschafft. 65,9 Prozent des Stimmvolkes lehnten dieses Multipaket unter anderem ab aus Angst, das Ersparne müssten die Kantone später bitter büßen. Die Westschweizer Kantone Jura und Wallis lehnten die Vorlage am wichtigsten ab.

Die Sieger an diesem frühsommerlichen Abstimmungssonntag waren die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften, die Grünen und insbesondere die Kantone: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Bundesstaates hatten elf Stände das Referendum gegen das Steuerpaket ergriffen, das in ihre kantone Steuerhoheit eindrang und ihre Staatskassen massiv belastet hätte. Und die Verlierer? «Das ist eine Niederlage der rechten Parteien und eine doppelte Niederlage des Bundesrates und des Parlamentes», sagte Bundesrat Pascal Couchepin.

KOMMENTAR

Nichts geht mehr

Nein zu weniger Leistungen bei der AHV, Nein zu höheren Mehrwertsteuern für AHV und Invalidenversicherung, Nein zu einem Paket mit Steuererleichterungen für Ehepaare, Familien und Hauseigentümer - Das Schweizer Volk hat die drei Vorlagen von Bundesrat und Parlament in allen 26 Kantonen mit Zweidrittelsmehrheiten abgelehnt. Das dreifache Nein vom 16. Mai folgte dem dreifachen Nein vom 8. Februar («Avanti-Initiative»). Damit ist der neu gewählte Bundesrat in seinem ersten Amtsjahr schon sechs Mal am Volkswillen gescheitert.

Nach dem Rechtsrutsch im eidgenössischen Parlament und danach im Bundesrat haben viele einen «Durchmarsch der Rechten» in der Politik vermutet. Davon ist bis jetzt wenig zu spüren. «Wir sind das Volk», sagen die Bürger in dieser politisch spannend gewordenen Schweiz.

«Wir haben es mit einer sehr politisierten Schweiz zu tun», erklärte der Politologe Claude Longchamp am Abstimmungsabend. In der Tat: Auch im Vorfeld dieses Abstimmungssonntags wurde landauf landab heftig diskutiert und politisiert. «Rettet die AHV!» schrieben die Rechten auf ihre Plakate. «Hände weg von der AHV!» warnten die Linken auf ihren Transparenten. So positiv das neu erwachte politische Leben im Lande ist, so bedenklich mutet die offensichtliche Reformunfähigkeit der «Classe politique» an. Ob Steuern oder Sozialwerke, Verkehr oder Gesundheit, der Wille zu mehrheitsfähigen Lösungen ist abhanden gekommen.

Was ist zu tun? Bundesrat und Parlament müssen wieder volksnaher politisieren. Die grossen Parteien sollen wieder mehr auf ihre Parteibasis hören. Die Wirtschaftsverbände müssen ihre radikalen Vorstellungen überdenken. Und der Bundesrat wird, nach dem ersten Kantonsreferendum in der Geschichte des Bundesstaates, das Gespräch mit den Kantonen neu suchen müssen.

Rolf Ribi